

# MAUERN BAUEN

Politik der Angst und Abschottung in der Europäischen Union

*Kurzfassung*

*Autoren: Ainhoa Ruiz Benedicto, Pere Brunet*

## Kurzfassung

Die Ankunft vieler tausend Menschen auf der Flucht vor Gewalt, Krieg und wirtschaftlicher Ungleichheit hat das Thema Migration an die Spitze der politischen Agenda der Europäischen Union und ihrer Mitgliedsstaaten gerückt. Unter den nach den Anschlägen vom 11. September erweiterten Sicherheitsparadigmen, die, beruhend auf der Darstellung sozialer Probleme als Gefahren, Sicherheit als zentrales Element der sozialen Agenda ansieht, werden in manchen Gebieten die Migration und Bewegung von Menschen als Risiko für die nationale Sicherheit aufgefasst. In der Konsequenz werden diese mit den traditionellen Sicherheitswerkzeugen angegangen: Militarismus, Kontrolle und Überwachung.

Weltweit reagieren Staaten auf die zentralen Fragen globaler Sicherheit mit Mauern, Militarisierung und Isolation von anderen Staaten und dem Rest der Welt. Dies hat Menschen, die vor Krieg und politischer Verfolgung fliehen, den Zugang zu diesen Regionen verschlossen. Die Europäische Union beteiligt sich an dieser Strategie der Expansion und erschafft so eine sogenannte „Festung Europa“.

Im Centre Delàs d'Estudis per la Pau und dem Transnational Institute sind wir wegen der steigenden Militarisierung von Grenzen, insbesondere in Europa, und deren Ausdehnung und Verfestigung hin zu einer „Festung Europa“, sehr besorgt. Die Europäische Union legitimiert diese Politik durch Narrative, die Migration als existentielle Bedrohung darstellen.

Das wesentliche Ziel von „Mauern bauen: Politik der Angst und Absicherung in der Europäischen Union“ ist es, das Konzept der „Festung Europa“ sowie die Ideen und Narrative, auf welchen dieses aufbaut, zu untersuchen und zu analysieren. Diese bestimmten Darstellungsweisen machen den Einsatz militärischer Mittel in Grenzgebieten möglich und setzen die Gesellschaft verstärkter Kontrolle und Überwachung aus. Dieser Bericht möchte Gewalt an den Grenzen und die Einschränkung der Bewegungsfreiheit verurteilen.

Mit dem Schengen-Abkommen legte die Europäische Union den Grundstein für die „Festung Europa“, da dieses, obwohl es Reisefreiheit innerhalb der Grenzen der EU einführte, mehr Kontrolle über die Außengrenzen verlangte. Dieses Model etablierte das Konzept eines sicheren Innenraums und einer unsicheren Außenwelt.

Die daraufhin eingeführten europäischen Sicherheitsstrategien bauen zum Teil auf der amerikanischen „Homeland Security“-Politik auf. 2003 wird die Idee der Grenze als ein Element der Verbindung von lokaler und globaler Sicherheit eingeführt. Daraufhin wurde die EU durch ihre Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) militarisiert und Migration zunehmend als Gefahr wahrgenommen.

Die Festung Europa wird durch die Politik der Externalisierung der Grenzverwaltung durch Abgabe an Drittstaaten erweitert. Die Grenze wird dadurch zu einem größeren, breiteren geographischen Konzept.

Die Europäische Agentur für Grenz- und Küstenwache (Frontex) spielt eine entscheidende Rolle im Prozess der Erweiterung der Festung und etabliert koordinierte Aktionen mit Drittstaaten.

Das Hauptziel von Frontex in diesem Prozess der Befestigung Europas ist die europäische Sicherheit, sowie die Menschen, die sich durch die Grenzgebiete bewegen, am Erreichen von Schengen-Ländern zu hindern.

Die Europäische Politik ist bereit, auf Grenzmanagement und Migrationswege zu wetten, was durch den Anstieg des Budgets für Frontex von 6,2 Millionen 2005 auf 302 Millionen 2017 belegt wird.

Eine Analyse des Frontex-Budgets zeigt eine steigende Beteiligung an Abschiebungen, deren Kosten von 83 Tausend Euro 2005 auf 53 Millionen Euro 2017 gestiegen sind. Der Einsatz von Frontex auf diesem Gebiet errichtet mentale und physische Barrikaden.

Das Narrativ der EU ist auf die Darstellung der Mobilität von Menschen als Sicherheitsproblem und der Wahrnehmung von Migrationsströmen als Gefahren ausgerichtet.

Wir nehmen einen beunruhigenden Anstieg an Xenophobie in Europa wahr. Diese Xenophobie errichtet mentale Mauern in den Köpfen von Menschen, die daraufhin den Bau physischer Mauern verlangen. Die analysierten Daten zeigen eine beunruhigende Tendenz in der Verbreitung rassistischen Gedankenguts, dem Zulauf für europäische Parteien mit fremdenfeindlichen Ideologien und deren steigendem politischen Einfluss in den vergangenen Jahren auf.

In den 28 Mitgliedsländern der Europäischen Union gibt es insgesamt 39 als populistisch-rechtsextrem eingestufte politische Parteien, die während ihres Bestehens schon mal mindestens einen Sitz in einem nationalen oder dem Europaparlament gehalten haben. Zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Berichts (Juli 2018) haben 10 Mitgliedsstaaten (Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, die Niederlande, Österreich, Polen, Schweden und Ungarn) ausländerfeindliche Parteien mit starker Präsenz, die seit 2010 in Wahlen mehr als eine halbe Million Stimmen bekommen haben. Mit der Ausnahme von Finnland haben diese Parteien ihre Stimmanteile vergrößert. In einigen Fällen, zum Beispiel in Deutschland, Italien, Polen und Schweden, hat ein besorgniserregender Anstieg stattgefunden, der dazu geführt hat, dass die „Alternative für Deutschland“ (AfD), eine Partei, die 2013 noch keine Sitze im Parlament hatte, nach den Wahlen 2017 nun 94 Sitze im Deutschen Bundestag hat, die polnische „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) nach den Wahlen in 2015 auf 235 Sitze kam (was einen 49%-Anstieg von davor 157 Sitzen bedeutet) und die Lega Nord in Italien einen starken Anstieg von 18 Sitzen 2013 auf 124 Sitze 2018 verzeichnen konnte.

Unsere Studie hat ergeben, dass neun dieser zehn Parteien einen hohen Einfluss auf die Migrationspolitik ihrer Regierungen ausüben. In vier Ländern (Finnland, Italien, Österreich und Polen) stellen diese Parteien Minister. In Polen zum Beispiel zeigen Umfragen von 2018, nach denen 43% der Bevölkerung der Politik der PiS positiv gegenübersteht, eine klare Unterstützung der Regierung durch die Bevölkerung. Dies ist ein klarer Anstieg von 37,6% der Stimmen, die bei den Wahlen 2015 auf diese Partei entfielen.

In fünf der übrigen sechs Länder (Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Schweden und Ungarn), hat eine Ausweitung ausländerfeindlicher Rhetorik und deren Einfluss stattgefunden: Bestimmte nicht ausländerfeindliche Parteien entschieden sich in der Hoffnung auf Wählerstimmen dazu, sich bestimmter Teile des ausländerfeindlichen Diskurs zu bedienen anstatt es zu wagen den eigenen Diskurs auf die Rechte der Menschen auszurichten. Auf diese Weise werden die Vorschläge der radikalsten und rassistischsten Parteien ohne deren wesentliches Zutun verstärkt. Diese vereinfachenden, ausländerfeindlichen Redemuster gegen die „anderen“ schaffen, wenn sie von gemäßigten Parteien und Regierungen aufgegriffen werden, Mauern in den Köpfen von Menschen, die daraufhin physische Mauern verlangen.

Die Politik des Mauerbaus kommt vermehrt zum Einsatz, wie sich daran zeigt, dass in der betrachteten Zeitspanne ihre Zahl von zwei in den Neunzigern auf 15 in 2017 angestiegen ist. 2015 sticht dabei besonders hervor. In diesem Jahr stieg die Zahl der Mauern von fünf auf zwölf.

Zehn von 28 Mitgliedsstaaten (Spanien, Griechenland, Ungarn, Bulgarien, Österreich, Slowenien, Großbritannien, Lettland, Estland und Litauen) haben Mauern an ihren Grenzen errichtet, um Migranten aufzuhalten. Abgesehen von Großbritannien und Bulgarien gehören sie alle zum Schengenraum.

Ein weiteres Land (Norwegen), welches nicht Teil der EU, jedoch Mitglied von Schengen ist, hat eine Mauer gegen Migration gebaut. Ein anderes (Slowakei) hat innerhalb des Landes ethnische Trennmauern errichtet. Insgesamt wurden 13 Mauern an den Grenzen oder innerhalb des Schengenraumes errichtet (zusätzlich zu denen in Zypern und Nordirland, deren Mauern vor Beginn des betrachteten Zeitraums errichtet wurden).

Zwei Länder, die Teil der EU und Schengens sind (Spanien und Ungarn) haben aus Gründen der Migrationsverhinderung zwei Mauern an ihren jeweiligen Grenzen gebaut.

Die Untersuchung schätzt, dass die Mitglieder der Europäischen Union und des Schengenraumes Mauern mit einer Länge von fast 1000 km in ihren Grenzen errichtet haben, um vertriebenen Menschen den Zutritt zu versperren.

Interne Kontrollen im Schengenraum, die seit 2006 im Schengen-Grenzabkommen geregelt sind, sind von der Ausnahme zur politischen Normalität avanciert. Migration und politische Umstände stellen dabei die Hauptgründe für ihre Anwendung dar. Der Umstand, dass die Zahl der internen Kontrollen von drei im Jahr 2016 auf 20 im Jahr 2017 gestiegen ist, deutet auf eine Ausweitung von Maßnahmen hin, die die Bewegungsfreiheit der Menschen einschränken und überwachen.

Der Mittelmeerraum stellt eine weitere Hürde dar. Die Analyse hat ergeben, dass von den acht wichtigsten migrationsregelnden Einsätzen im Mittelmeer (Mare Nostrum, Poseidon, Hera, Andale, Minerva, Hermes und Sofia) keine einzige die Hauptaufgabe hatte, Menschen zu retten. Sie alle hatten, oder haben noch immer, das Ziel, Kriminalität in den Grenzgebieten zu bekämpfen. Nur eine von ihnen (Mare Nostrum) hat humanitäre Organisationen in ihre Flotte eingebunden und eine andere (Sofia) etablierte die Kooperation von Frontex mit einer militärischen Organisation (NATO).

Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass Frontex, in ihrer Umsetzung des Sicherheitsdiskurses, Migranten, von denen viele vor Gewalt und politischer Verfolgung fliehen, wie Verbrecher behandelt.

Die Operation „Mare Nostrum“, welche zwischen 2013 und 2014 von der italienischen Regierung umgesetzt wurde, hatte ein spezifischeres Mandat, Menschenleben zu retten und humanitäre Organisationen in ihre Arbeit einzubeziehen. Als „Mare Nostrum“ von der Frontex-„Triton“-Operation (2015-2018) abgelöst wurde, wurde ihr Mandat dadurch nicht mehr auf die Lebensrettung ausgerichtet. Stattdessen wurde der Fokus auf die Verbrechenverfolgung in den Grenzregionen gesetzt. Das Ersetzen der einen Organisation durch die andere bedeutete daher eine Entwicklung hin zu mehr *securitization* und Militarisierung.

Die Militarisierung der Grenzen wurde Wirklichkeit, als Frontex mit seiner Operation „Sofia“ (2015-2018) die Zusammenarbeit mit der militärischen Organisation NATO aufnahm, um

Migrationsströme über das Mittelmeer zu überwachen und einzudämmen. Die Hauptaufgabe der Unternehmung war es, mafiöse Gruppierungen zu verfolgen, die Menschen auf Fluchtruten transportieren.

Migration wird als Bedrohung wahrgenommen, welche kontrolliert und eingedämmt werden muss, und die, im selben Zug, besonders seit 2013 zur Ausweitung verschiedener Programme zur Einschränkung der Bewegungsfreiheit (VIS, SIS II, RTP, ETIAS, SLTD und I-Checkit) und Erfassung biometrischer Daten geführt hat. Die gesammelten Daten dieser Systeme werden in der EURODAC Datenbank gespeichert, welche es ermöglicht, Muster und Richtlinien unserer Bewegungen zu analysieren. EUROSUR wird zur Überwachung von Grenzregionen eingesetzt. Insgesamt führen diese Maßnahmen zu einer Überwachung der Gesellschaft und der Bewertung der Bewegungen von Menschen als ein Risiko.

Zusammengefasst hat unsere Studie einen zunehmenden Einfluss extrem rechter Positionen in die Migrationspolitik sowie die Etablierung eines Narratives durch die EU, welches Migration als Bedrohung darstellt und kriminalisiert, festgestellt.

Die Mauern in den Köpfen sind in den ersten Jahrzehnten des 21. Jahrhunderts innerhalb der EU stark gewachsen. Diese mentalen Mauern werden begleitet von der zunehmenden Zahl physischer Mauern an den Grenzen sowie Einsätzen auf dem Meer, welche das Ziel verfolgen, Migranten und fliehende Menschen davon abzuhalten, Europas Grenzen überhaupt zu erreichen.

Zusätzlich werden virtuelle Mauern zur Kontrolle und Überwachung der Bewegung der Menschen ausgebaut, die Kontrolle über die Gesellschaft wird erhöht und Sicherheit wird technologisiert. Das subjektive Gefühl der Sicherheit ist der Technologie und dem Bau von Mauern untergeordnet worden.

Die Militarisierung und Absicherung der Grenzen geschieht im Zusammenspiel mit ideologischen Konzepten wie Rassismus und Xenophobie, welche das Anwenden von Gewalt im Grenzgebiet legitimieren. Diese Ideen bestärken das kollektive Bild eines sicheren „Innenraums“ und einer unsicheren „Außenwelt“. Dieses Bild erinnert an das von der mittelalterlichen Festung. All diese Strukturen stärken territoriale Machtdynamiken, in denen u.a. die Herkunft einer Person ihre Reisefreiheit bestimmt.

Auf diese Weise werden in Europa Strukturen und Diskurse geschaffen, welche uns von einer Politik, die Menschenrechte, Koexistenz und Gleichheit oder mehr Gleichheit zwischen verschiedenen Regionen verteidigt, wegführen.

#### FAZIT

Die Länder der Europäischen Union reagieren auf die Migration von vertriebenen Menschen mit dem Bau von Mauern, der Schließung von Grenzen, der Darstellung von Menschen als Sicherheitsproblem, Militarismus und dem Outsourcing der Überwachung der Menschen an private Unternehmen.

Diese Politik wird legitimiert und unterstützt von xenophobischen und rassistischen Ideologien, welche an Umfang und Einfluss zunehmen und dadurch ein System der strukturellen Gewalt, welches Menschen als „illegal“ bezeichnet und Migrationsbewegungen als Sicherheitsgefahr darstellt, konsolidieren. Schlussendlich wird dadurch, basierend auf dem Gedanken, dass es weniger Raum für Unsicherheit und Terror in unseren Regionen gäbe, je abgeschiedener wir sind, die soziale, politische und physische Abgrenzung als Notwendigkeit etabliert.

Diese Geschichte von Gefahr und Angst zieht sich durch die gesamte Europäische Union. Sowohl Mitgliedsstaaten als auch die Europäische Grenzschutzagentur (Frontex) haben, in Wort und Tat,

eine Sicherheitspolitik betrieben, die die Bewegungen von Menschen als Gefahr und Migration als Verbrechen einstuft. Ihre Aufgabe ist es, Menschen vom Erreichen europäischen Bodens abzuhalten, statt sie zu retten.

Die Europäische Grenzschutzorganisation (Frontex) ist ein aktiver Teil von Abschiebungen, welche häufig die Rechte von Asylsuchenden untergraben. Durch Abkommen mit Drittstaaten landen Asylsuchende häufig in Staaten, die die Menschenrechte missachten, schwache Demokratien sind oder einen niedrigen Human Development Index vorweisen. All diese Taktiken lehnen humanitäre Methoden des Umgangs mit großen Migrationsbewegungen sowie die Analyse von und den Kampf gegen strukturelle Probleme globaler Gewalt und ökonomischer Ungleichheit ab.

Es besteht die Möglichkeit, eine zivile Flotte mit den Ressourcen und dem Auftrag zur Unterstützung und Rettung von Menschen aufzubauen und diese von der Verbrechensbekämpfung in den Grenzregionen abzugrenzen.

Die Analyse des politischen Einflusses und der politischen Propagation eines ausländerfeindlichen Diskurses in den verschiedenen Ländern, insbesondere Deutschland, Österreich, Dänemark, den Niederlanden und Schweden, zeigt weitreichende Übereinstimmungen, welche darauf hindeuten, dass es furchtbar einfach sein kann, in bestimmten Szenarien rassistischen Thesen Gehör zu verschaffen. Die Analyse deutet darauf hin, dass bestimmte nicht ausländerfeindliche Parteien, in der Hoffnung bestimmte Wählergruppen anzusprechen, in den ausländerfeindlichen Diskurs einstimmen, sobald sie einen Stimmenzuwachs für ihre rassistischen Rivalen wahrnehmen. Sie entscheiden sich aktiv dazu anstatt ihr eigenes Profil zu stärken und sich von xenophobem Gedankengut abzugrenzen, was ihre ernsthafte Unterstützung der beschmutzten Menschenrechte, welche die EU angeblich verteidigt, zeigen würde.

In der Folge werden die Vorschläge der rassistischsten Parteien nahezu mühelos im öffentlichen Diskurs verstärkt. Auf diese Weise bestärken sie einen Diskurs über die „anderen“ als Feinde, einen zivilisierten „Innenraum“ und eine unsichere „Außenwelt“, vor welcher man sich mit Mauern aller Art schützen müsse, um sich sicher und geborgen zu fühlen. Es ist die Perversion vieler Regierungen, eine Rhetorik der Angst zu verwenden, um rassistische Botschaften und Ausländerfeindlichkeit zu fördern.

Zusätzlich werden Programme und Werkzeuge geschaffen, um virtuelle Grenzen auszubauen, welche unsere Bewegungen überwachen. Doch die etablierten Methoden virtueller Grenzen tun mehr, als Systeme zur Bewegungskontrolle und Analyse aufzubauen. Sie errichten auch konzeptuelle Grenzen, welche die Dynamiken territorialer Machtverhältnisse reproduzieren. Länder, die entscheiden können, wer reinkommt, wer nicht und mit welcher Begründung, generieren Hierarchien in der Reisefreiheit. Das Geburtsland bestimmt über die Freiheit oder Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Menschen. Diese Aspekte sind nicht neu, doch die modernen Grenzkontrollsysteme, die entwickelt werden, erfassen all unsere Bewegungen in viel umfassenderer Weise.

Ein weiterer Zweck der Erweiterung virtueller Grenzen durch Systeme wie EUROSUR ist es, fliehende Menschen und Migranten davon abzuhalten, die EU überhaupt zu erreichen, um sich nicht mit ihnen auseinandersetzen zu müssen.

Kurzum, die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten beteiligen sich am Bau mentaler Mauern und räumen einem ausländerfeindlichen Diskurs, der die Bewegung von Menschen kriminalisiert, immer mehr Raum ein. Auf diese Weise legitimieren sie die Errichtung einer „Festung Europa“, welche sich durch die Einrichtung neuer Behörden wie Frontex die Verstärkung der Außengrenzen und die Konstruktion physischer und virtueller Mauern im europäischen Raum verstärkt. Dies führt dazu, dass sich europäische Grenzpolitik zur Errichtung auf Rassismus und Ungleichheit basierender

Strukturen hinbewegt, unter denen unsere Bewegungen verdächtig sind und alles, was als „anders“ wahrgenommen wird, eine Bedrohung darstellt.